

Martin Kloke, Berlin

Feindbild Israel

Wenn Kritik in Antisemitismus umschlägt¹

Der Sommer 2014 markiert eine Zäsur: Ein wochenlanger Raketen- und Tunnelkrieg zwischen der islamistischen Hamas im Gazastreifen und dem Staat Israel hat in Deutschland und Europa heftige Eruptionen entfesselt: auf der Straße, in Teilen der Medien sowie nicht zuletzt in sozialen Netzwerken und Online-Kommentarspalten. Beteiligt daran waren nicht nur islamistische und rechtsextreme Milieus, sondern auch Strömungen aus der Mitte der Gesellschaft sowie aus dem linksradikalen Spektrum. Im Kontext dieser Querfront-Konstellation brauchen unter nicht wenigen bürgerlichen wie linken „Israelkritikern“ letzte Hemmungen weg – offen solidarisierten sich Aktivisten mit extremistischen Kräften. Publizisten wie der ehemalige CDU-Politiker Jürgen Todenhöfer nahmen mit propagandistisch aufgeladenen Stellungnahmen an der antiisraelischen Kampagne teil.² Andere Israel-

kritiker nahmen gelegentlich auch Juden in Deutschland für die vermeintlichen „Verbrechen“ Israels kollektiv in Haftung.³ Im Sommer 2014 wurden in vielen deutschen und europäischen Städten nicht nur antisemitische Parolen skandiert, sondern auch Menschen und Synagogen attackiert. Dabei fielen Parolen wie z. B. „Kindermörder Israel!“, „Jude, Jude, feiges Schwein – komm heraus und kämpf allein!“, „Hamas – Juden ins Gas!“. Besorgniserregend war und ist auch die Ausbreitung salafistischer und dschihadistischer Strömungen innerhalb der islamischen Community, der von gemäßigten islamischen Stimmen mit Blick auf „islamophobe“ Stimmungen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft nur zaghafte widersprochen wird. Sicherheitskreise warnen inzwischen vor sogenannten Rückkehrern aus Syrien und Irak, die mit ihrer sendungsbewussten Juden- und Israel-Feindschaft den hierzulande ohnehin virulenten Antisemitismus um eine radikale und potenziell terroristische Variante aufladen.

¹ Neu bearbeitete und aktualisierte Fassung meines Essays „Wann ist oder wird Israelkritik antisemitisch?“, in: Compass-Infodienst (Online-Extra), Nr. 150, 28.9.2011.

² „Jürgen Todenhöfer zieht ... alle Register, die der moderne Antisemitismus zu bieten hat. Wortgewaltig und mit dem Zorn des scheinbar Gerechten dämonisiert und delegitimiert er Israel, legt an den jüdischen Staat Maßstäbe an, die er für kein anderes Land der Welt geltend machen würde, und geißelt dessen Wehrhaftigkeit im Angesicht der Bedrohung. Todenhöfer verharmlost den jüdenfeindlichen Terror der Hamas und dreht ihn in einen Akt der Freiheitsliebe, er beugt die Wahrheit mit den Mitteln der Demagogie, er lässt Tatsachen aus, die ihm nicht in den Kram passen. Er geriert sich als Freund der Palästinenser, dabei dienen diese ihm vor allem als Projektionsfläche für seine Ressentiments gegen

den jüdischen Staat, während es ihn offenbar kalt lässt, dass die Hamas ihnen das Leben zur Hölle macht ... er bedient eben nicht bloß die Ränder, sondern auch und vor allem die ‚Israelkritik‘ in der vielbeschworenen ‚Mitte der Gesellschaft‘. Vor allem das macht ihn nicht nur zu einem erfolgreichen Autor, sondern auch zu einem gern gesehenen Gast in Interviews und Talkshows“. So der Blogger „Lizas Welt“, 21.7.2014, <http://lizaswelt.net/2014/07/21/demagoge-des-mainstreams>. (Die in diesem Beitrag angegebenen Internetadressen wurden zuletzt am 10.9.2014 abgerufen.)

³ Vgl. Henryk M. Broder, Es gibt ja genug Gründe, uns Juden nicht zu mögen, in: Die Welt, 26.7.2014.

Auch der linke Pol des politischen Spektrums war und ist von irritierenden Entwicklungen überschattet: Die Linkspartei hat in den letzten 25 Jahren aus je aktuellen Anlässen immer wieder heftige Antisemitismus-Debatten geführt, die die Partei in tiefe Zerreißproben stürzen sollten.⁴ Der innerparteiliche Streit war zuletzt im Juli 2014 eskaliert, nachdem ihr Jugendverband Solid, Landesverband NRW, in Essen und anderswo mit Unterstützung der Mutterpartei zahlreiche „Friedensdemonstrationen“ organisiert hatte, an der auch islamistische und rechtsradikale Strömungen beteiligt waren. Obwohl bei diesen Protestaufmärschen krude antisemitische Parolen skandiert wurden und gewaltförmige Ausschreitungen zu vermieden waren, die sich auch gegen in Deutschland lebende Juden gerichtet hatten, vermochte sich der LINKEN-Landesverband nicht von den Manifestationen antizionistischer Kreise zu distanzieren – dies, obwohl einige Spitzenvertreter der Bundespartei Kritik an den antisemitisch grundierten Protestmärschen angemeldet hatten.⁵

Auch für die meist schweigende Mehrheit der Deutschen ist Israel noch immer kein Staat wie jeder andere. Ein Indiz dafür sind stets die aufgeregten Reaktionen, wenn der Nahostkonflikt mal wieder eskaliert. Die Kritik an der Politik Israels nimmt dann häufig hysterische Ausmaße an – zeitweise ist mehr als die Hälfte aller Deutschen der Auffassung, Israel behandle die Palästinenser ähnlich schlecht wie die Nazis die europäischen Juden. Dabei spielen auch Teile der Medien eine unrühmliche Rolle, indem

sie schon in der Auswahl von Überschriften semantisch einseitig Partei ergreifen.⁶ Hintergründe des ungleichen Kriegs zwischen der terroristischen Hamas und Israel – die nach Israel hineinragenden Tunnelsysteme und die inmitten ziviler Einrichtungen lancierten Raketenangriffe auf israelische Bevölkerungszentren, die die israelischen Militärs zum Schutz ihrer Bevölkerung zu „unverhältnismäßigen“ Gegenschlägen zwingen – werden hierzulande mit Unverständnis aufgenommen. Während die Mitte der deutschen Gesellschaft auf Distanz zu Israel geht, demonstrieren islamistische sowie rechts- und linksgerichtete Demonstranten gemeinsam gegen den vermeintlichen „Aggressor“-Staat Israel. Vergleichbare oder gar schlimmere Gewaltexzesse in anderen Ländern stoßen demgegenüber auf ein erstaunliches Desinteresse.

Gewiss haben Medien und einzelne Regierungsvertreter, Parlamentarier sowie Regional- und Bundespolitiker bis hin zum Bundespräsidenten deutliche Kritik an den antisemitischen Exzessen zum Ausdruck gebracht. Eine im September 2014 vom Zentralrat der Juden in Deutschland organisierte Großdemonstration in Berlin wurde von einem breiten Bündnis gesellschaftlicher und politischer Institutionen unterstützt. Doch ein gesellschaftlicher „Aufstand der Anständigen“ ist ausgeblieben. Kein Innen- oder Bildungsminister hat es für nötig befunden, eine Sondersitzung einzuberufen, um kurzfristige Sicherheitsmaßnahmen und langfristige politische und pädagogische Präventivmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Viele „Israelkritiker“ interessieren sich keineswegs für das empirische Israel, sondern für einen jüdischen Staat, den sie zur Projektionsfläche ihrer Obsessionen

⁴ Vgl. Martin Kloke, Antisemitismus in der Linkspartei, in: Dana Ionescu/Samuel Salzborn (Hg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014, 153-193.

⁵ Vgl. Stefan Laurin, Linke und Rechtsextreme protestieren gegen Israel, in: Die Welt, 14.7.2014; Mechthild Küpper, Linke Einseitigkeiten, in: FAZ, 20.7.2014; Reimar Paul u. a., Die Linke im Nahostkonflikt, in: Neues Deutschland, 21.7.2014.

⁶ Vgl. Anatol Stefanowitsch, Schlagzeilen mit Schlagseite, in: Jüdische Allgemeine, 17.7.2014; Richard C. Schneider, Über Gaza berichten. Gegen die Bilder ist unser Text machtlos, in: FAZ, 3.8.2014.

instrumentalisieren. Wer heute in einer Gesprächsrunde den Namen „Netanjahu“ oder nur „Israel“ ausspricht, ohne ihn oder das Land zugleich zu attackieren, dem ist ein verbaler Shitstorm garantiert. Das Deutschland der Gegenwart droht in ein gesellschaftliches Diskursklima zu schlittern, wo Empathie für Israel nachgerade als Skandalon gilt. Während anderswo auch in Konfliktzeiten das Existenzrecht souveräner Staaten niemals in Zweifel gezogen wird – ein Staat hat das Recht zu existieren, weil er existiert – gilt dieser völkerrechtliche Grundsatz im Falle Israels nicht ohne Weiteres: „Es muss in einem freien Land möglich sein, straflos das Existenzrecht Israels infrage zu stellen“, forderte ein Kommentator auf dem Höhepunkt des Gaza-Israel-Krieges – eingerahmt von einer im „Stürmer-Stil“ gestalteten Fotomontage.⁷ Ein Berufskollege adelte die „provokative Israelkritik“ sogenannter Nicht-Herkunftsdeutscher als ein „Integrationsangebot“ – sie sei ein Ausdruck migrantisch geprägter „Diversität“.⁸ Gerade in „gebildeten“ Milieus ist es häufig nicht der Antisemitismus, der skandalisiert wird, sondern der „Antisemitismusvorwurf“.

Israelkritik – ein Tabu?

„Darf man in Deutschland Israel kritisieren?“ Diese unschuldig klingende Frage ist alles andere als harmlos. Sie unterstellt, die kritische Auseinandersetzung mit der Politik Israels unterliege einem Denkverbot – „wegen der Vergangenheit“, wie gerne nachgeschoben wird. Zumal „die Deutschen“ geradezu eine „Freundespflicht gegenüber Israel“ empfinden.⁹ Eine „mäch-

tige Israellobby“, so heißt es, stelle jegliche Kritik an Israel unter einen antisemitischen Generalverdacht. Warum sich dieses Tabu so hartnäckig halten soll, führen die einen auf das angeblich schlechte Gewissen der Deutschen zurück; andere prangern eine „zionistisch“ beherrschte Medienöffentlichkeit an. „Israelkritik“ wird in diesem Narrativ zu einem Akt der Zivilcourage. Mutige Israelkritiker rufen, „vor Kühnheit zitternd“ (frei nach Martin Walser), dazu auf: „Es muss doch in diesem Lande wieder möglich sein ...!“

Wer sich die Berichterstattung und die Meinungsbilder über Israel in den letzten 65 Jahren genauer anschaut, stellt allerdings fest: In Deutschland war es noch nie ein „Tabu“, Israel und die israelische Regierung zu kritisieren. Im Gegenteil: Kein anderes außenpolitisches Thema stimuliert die Gemüter so sehr zur Kritik wie die Existenz und Politik Israels. Schon wenige Monate nach der Staatsgründung Israels im Mai 1948 verurteilte die preußische Gräfin Marion Dönhoff den jüdischen Staat mit harschen Worten und setzte die israelische Regierung moralisch mit dem NS-Regime gleich¹⁰ – in einer Situation, in der Israel gerade dabei war, seine Existenz gegen die angreifenden arabischen Nachbarstaaten zu verteidigen. Viele weitere derartige Stimmen ließen sich anführen. Gewiss hat es in den 1960er Jahren in der bundesdeutschen Gesellschaft, besonders während und nach dem sogenannten Sechstagekrieg im Juni 1967, eine breite proisraelische Grundstimmung gegeben; doch wurden diese Israel-

⁷ Stefan Reinecke, Im Zweifel für die Meinungsfreiheit, in: taz, 23.7.2014.

⁸ Vassilis S. Tsianos, Nicht mehr nur die „Anderen“, in: taz, 19.8.2014.

⁹ Stefan Reinecke, Feigheit vor dem Freund, in: taz, 23.8.2010.

¹⁰ „Man kann nur hoffen, dass der Schock, den der Tod des Grafen Bernadotte für die verantwortlichen Männer der Regierung Israels bedeutet, sie für einen Moment wenigstens innehalten und bestürzt erkennen lässt, wie weit sie auf jenem Wege bereits gelangt sind, der erst vor kurzem ein anderes Volk ins Verhängnis geführt hat“ (Marion Gräfin Dönhoff, Völkischer Ordnungsstaat Israel, in: Die Zeit, 23.9.1948, 1).

Sympathien stets von kritischen bis feindseligen Gegenströmungen konterkariert.¹¹ Auf dem Höhepunkt der Schmidt/Begin-Kontroverse 1981 schlug eine bis dato halbwegs positive Grundstimmung in der Bundesrepublik um – zum ersten Mal seit den späten 1950er Jahren stellte sich eine Mehrheit der Deutschen im Nahostkonflikt auf die Seite der Araber.¹² Heute ist das Image Israels mehr als getrübt: Laut einer BBC-Umfrage unter 28 619 Erwachsenen aus 27 Ländern meinen 49 Prozent der Befragten, von Israel gehe ein negativer Einfluss aus; in Deutschland haben 65 Prozent der Befragten ein grundsätzlich negatives Israelbild.¹³ Umfragen wie diese sind zunächst einmal nichts anderes als demoskopischer Ausdruck tagespolitischer Erregungszustände – gleichwohl sind die israelkritischen Trends seit Jahren eindeutig. Der im rechten politischen Spektrum angesiedelte israelische Politiker Ariel Scharon wurde viele Jahre scharf kritisiert – z. T. noch heftiger als Menachem Begin und Benjamin Netanjahu, jene Hassfiguren der 1980er und 1990er Jahre. Als der rechts säkulare israelische Politiker Avigdor Lieberman im Frühjahr 2009 zum neuen Außenminister avancierte, waren sich die meisten Kommentatoren in der Vorverurteilung Liebermans einig – eine kurze Schonzeit, wie sonst international üblich, wurde dem umstrittenen Politiker nicht gewährt.

¹¹ Einblicke in die diffusen Gemütslagen der Nachkriegsdeutschen des 20. Jahrhunderts vermittelt meine mentalitätsgeschichtliche Studie: *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses* (DIAK-Schriftenreihe, Bd. 20), Frankfurt a. M. 1990, aktualisierte und erweiterte Neuaufl., Schwalbach a. T. 1994.

¹² Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946 – 1989*, Opladen 1991, 182.

¹³ So laut BBC World Poll (GlobeScan und PIPA-Programm der University of Maryland), 7.3.2011, http://news.bbc.co.uk/2/shared/bsp/hi/pdfs/05_03_11_bbcws_country_poll.pdf.

Selbst der „Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten“, der in den 1990er Jahren gegenüber Israel noch eine Position der „kritischen Solidarität“ und des „Dialogs“ vertreten hatte, verabschiedet sich mehr und mehr von Bezügen zur Mitte der israelischen Gesellschaft. In der vereinseigenen Zeitschrift glauben die Herausgeber sich für den Abdruck eines Beitrags des israelischen Politikwissenschaftlers Gerald Steinberg über „Asymmetrie, Verwundbarkeit und die Suche nach Sicherheit“ rechtfertigen zu müssen: „Wir haben lange überlegt, ob wir diesen Beitrag veröffentlichen sollen, da er ... die israelische Sicht zur Sicherheitslage erörtert.“¹⁴ Von dem früheren „kritischen Dialog“ ist kaum mehr als ein Selbstgespräch übrig geblieben.

Israel ist trotz aller äußeren Gefährdungen ein prosperierender demokratischer Staat in einer von Umbrüchen, zugleich aber auch von Despoten und marodierenden islamistischen Milizen beherrschten Region. Als Mitglied der UNO und seit Mai 2010 auch der OECD unterliegt das Land denselben internationalen Maßstäben wie andere Länder auch. Dieser Anspruch lässt sich am Beispiel der zu Recht umstrittenen Siedlungspolitik überprüfen, die im Fokus gegenwärtiger Israelkritik steht: Israel eroberte 1967 in einem ihm aufgezwungenen Schlagabtausch u. a. Ost-Jerusalem und das Westjordanland. Nach den militärischen Drohgebärden und verbalen Vernichtungsdrohungen tonangebender arabischer Nationalisten in Kairo und Damaskus kam dieser rasche Sieg im sogenannten Sechstagekrieg vielen Beobachtern einem Wunder gleich. Schon bald darauf begannen Israelis, in diesen Gebieten mit regierungsamtlicher Duldung und bald auch mit

¹⁴ So Michaela Birk/Steffen Hagemann, Einführung, in: *Israel & palästina. Zeitschrift für Dialog* (Hamburg): Israels Sicherheitsdiskurs, 3. Quartal 2010, 9.

staatlicher Förderung eine rege Siedlungstätigkeit zu entfalten. Die Gebiete waren zuvor 400 Jahre osmanisch, dann fast 30 Jahre britisch und zuletzt fast 20 Jahre jordanisch besetzt gewesen – einen Staat Palästina hat es nie gegeben. Dennoch ist die israelische Siedlungstätigkeit in den vor 44 Jahren eroberten Gebieten völkerrechtlich problematisch und politisch-psychologisch einer von mehreren Stolpersteinen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Diese Siedlungspolitik kann mit Fug und Recht kritisiert werden.

Aber eine solche legitime Kritik sollte der Hintergründe gewahr bleiben – verstehen, ohne zu rechtfertigen: Die Arabische Liga hatte schon kurz nach dem Sechstagekrieg – auf dem Gipfel von Khartum – ihr dreifaches „Nein“ bekräftigt: „Nein zur Anerkennung Israels! Nein zu Verhandlungen! Nein zum Frieden mit Israel!“¹⁵ Musste da nicht die Versuchung groß sein, im Überschwang des militärischen Erfolgs die Westbank als ein weiteres zionistisches Projekt zu begreifen? Wobei schon damals erkennbar war, dass die Linke eher sicherheitspolitisch, die Rechte zusätzlich nationalreligiös motiviert war.

In der israelischen Gesellschaft bis hinein in Regierungskreise werden immer wieder Stimmen laut, die teils aus ideologischen, teils aus resignativen Motiven die Gründung eines palästinensischen Staats im Westjordanland/Gazastreifen als letztlich unvereinbar mit ihren kollektiven Sicherheitsinteressen ablehnen. Dennoch sind inzwischen auch Israelis des rechten politischen Spektrums bemüht, Schadensbegrenzung zu üben, Straßensperren und andere Hemmnisse für das Leben der Palästinenser aufzulösen und die wirtschaftliche Erholung der Westbank zu fördern. So hat die israelische

Militärverwaltung seit 2008 in der Westbank die Zahl ihrer Checkpoints von 42 auf 16 reduziert. Diese Tendenz spiegelt den Alltagspragmatismus der Regierung von Benjamin Netanjahu wider, die zu einer Erholung der palästinensischen Ökonomie im Westjordanland geführt hat – mit zeitweise fast zweistelligen Wachstumsraten. Netanjahus Vorgänger Scharon war der erste, der die Auflösung von Siedlungen nicht nur versprechen, sondern im Gazastreifen 2005 radikal umsetzen sollte, ohne dass freilich dadurch ein politischer Prozess in Gang gekommen wäre. Netanjahu, ebenfalls nicht als „Taube“ bekannt, erkannte in seiner berühmten Bar-Ilan-Rede von 2009 die Zweistaaten-Regelung auch für das nationalkonservative Spektrum Israels als Zielvorstellung einer Friedensregelung an; 2010 verhängte er einen auf zehn Monate befristeten Siedlungsstopp. Diese und andere Schritte, mehr als nur kurzatmige PR-Gesten – waren als Signale des guten Willens an die Adresse der Palästinenser gemünzt, um in direkte Verhandlungen über eine historische Beilegung des Konflikts einzutreten.

Es bleibt zu konstatieren, dass auf palästinensischer Seite auch in der Westbank nicht nur versöhnliche Stimmen zu vernehmen sind, die einem Kompromissfrieden mit Israel – Land gegen Frieden – zuarbeiten: Außerhalb englischsprachiger Presse-terminale für die internationale Medienwelt entspannen sich tagtäglich ganz andere Diskurse – in TV-Programmen, regierungsnahen Zeitungen und in Schulbüchern palästinensischer Bildungseinrichtungen –, in denen der Hass auf Israel nachhaltig geschürt wird. Nicht nur innerhalb der Hamas – selbst innerhalb der palästinensischen Autonomiebehörde zirkuliert ein radikal-eliminierender Antisemitismus, der die politische und religiöse Führungsspitze einschließt: Der ranghöchste Mufti der Autonomiebehörde, Muhammad Hussein,

¹⁵ Zu Einzelheiten vgl. Archiv der Gegenwart (Königswinter), 15. September 1967, 13411.

hat im Januar 2012 – etwa zeitgleich zum Gedenken an die Wannseekonferenz – zum Mord an allen Juden aufgerufen. Hussein war von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zum obersten geistlichen Führer ernannt worden und hielt anlässlich des 47. Jahrestags der Gründung der Fatah eine Rede. Die Nazis stellten die Juden als Ratten und Ungeziefer dar, bevor sie den Holocaust organisierten; die Hutus verhöhnten die Tutsi als „Kakerlaken“, bevor sie in Ruanda mit dem Völkermorden begannen. Der Moderator der Fatah-Festveranstaltung, der den Mufti vorstellte, erklärte, der Krieg gegen die Juden sei ein „heiliger Krieg gegen die Nachfahren von Affen und Schweinen“.¹⁶ Könnte es sein, dass die israelisch-palästinensischen Verhandlungen auch deswegen nicht vorankommen, weil sich viele Palästinenser – nicht nur die Anhänger der islamistischen Hamas, sondern auch die Gefolgsleute der „gemäßigt“ säkularen Fatah – noch immer nicht mit der Existenz Israels als jüdisch geprägtem und demokratischem Staat abgefunden haben? Bei der Analyse der vielen verpassten Chancen einer Entschärfung des Nahostkonflikts drängt sich seit den späten 1990er Jahren der Eindruck auf, als ginge es hinter den diplomatisch verklausulierten Fassaden internationaler Nahostpolitik gar nicht darum, ob sich Israel im Rahmen eines die Interessen beider Seiten wahren Friedensprozesses aus diesen oder jenen Gebieten zurückzieht. Auch nach 63 Jahren staatlicher Existenz kann sich Israel seiner Basis-Legitimität nicht gewiss sein – so, als ob wir uns immer noch in den Jahren 1947/48 befänden – und nicht im 21. Jahrhundert. Nach der repräsentativen Umfrage eines palästinensischen Meinungsforschungs-

¹⁶ Vgl. die Filmaufzüge: www.youtube.com/watch?v=kDoV8ZL9Xkc&feature=player_embedded; siehe auch die Meldung: www.botschaftisrael.de/2012/01/19/ranghochster-fatah-geistlicher-ruft-zum-juden-mord-auf.

instituts unter 1270 im Westjordanland und im Gazastreifen lebenden Erwachsenen billigt mehr als die Hälfte der Befragten die Entführung und Ermordung der drei jüdisch-israelischen Jugendlichen; 86 Prozent unterstützen unter den gegenwärtigen Bedingungen die Raketenangriffe auf Israel.¹⁷ Die vom iranischen Ex-Präsidenten Ahmadinedschad propagierte „Vision“ einer „Welt ohne Zionismus“ zirkuliert dabei keineswegs nur unter Israels Nachbarn von Hamas bis Hisbollah, sondern auch in weniger radikalen Nahostdiskursen, nicht zuletzt in der westlichen Welt.

Es ist auffallend, dass Begriffe wie „Dänemarkkritik“, „Schweizkritik“ oder „Russlandkritik“ im „normalen“ Sprachgebrauch praktisch nicht existent sind. Wer dagegen das Wort „Israelkritik“ googelt, kommt auf zehntausende Einträge. Es mag ja gute Gründe geben, Israel im Allgemeinen und Netanjahu, Lieberman etc. im Besonderen zu tadeln – aber verdienen nicht auch andere Länder dieser Welt kritische Begleitung?

Wenn „Israelkritik“ in Antisemitismus umschlägt

Seit dem Sechstagekrieg von 1967 richtet sich das öffentliche Interesse auf die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Arabern. Herausragende sportliche Ereignisse, die enormen Integrationsleistungen Israels zur Aufnahme zyklischer Einwanderungswellen oder auch nobelpreisverdächtige Erfindungen spielen in den Medien nur eine Randrolle, obwohl Israel die weltweit höchste Korrespondentendichte aufweist. Tausende ständige oder durchreisende Journalisten sind nicht im Land, um Leser und Zuschauer über die religiöse und/oder säkulare Buntheit der israelischen Gesellschaft zu informieren

¹⁷ Vgl. „Special Gaza War Poll“, 2.9.2014, www.pcsr.org/en/special-gaza-war-poll.

– das öffentliche Interesse richtet sich auf militärische Maßnahmen Israels in den besetzten Gebieten: Sie sind als Nachrichten attraktiver, garantieren Schlagzeilen und hohe Einschaltquoten – auch, weil sie europäische Obsessionen bedienen. Westliche Lebensbedingungen, kurze Wege, bestens ausgebaute Verkehrsverbindungen, neueste Medientechnologien, geringe Entfernungen zu den Brennpunkten des Konflikts, eine nahezu schrankenlose Pressefreiheit, ein Heer örtlicher Kameraleute – all dies schafft perfekte Arbeitsbedingungen. Problematisch wird diese Konstellation, wenn Nahostkorrespondenten ihre „Kunden“ mit scheinbar harmlosen Worten, schiefen Vergleichen und fragwürdigen Ministatistiken zu einer Parteinahme drängen, die weniger den Fakten als vielmehr Projektionen oder weltanschaulichen Überzeugungen geschuldet sind: Wann immer es zu einer gewaltsamen Konfrontation der israelischen Armee mit ihren Widersachern kommt, vermittelt Nachrichten und Kommentare Bilder eines angeblich „biblischen Krieges“: „Auge um Auge“, „Vergeltungsschläge“, „alttestamentarische Racheaktionen“ – reflexhaft tauchen jedes Mal die alten Klischees des christlichen Antijudaismus wieder auf – in einer religiös konnotierten Schärfe, die uns in anderen Konfliktregionen (z. B. im früheren Nordirlandkonflikt zwischen Katholiken und Protestanten) niemals begegnet. Der Übergang von der harmlos anmutenden „Israelkritik“ zur faktenresistenten Israelfeindschaft ist notorisch kurz.

In Deutschland hat die sogenannte Neue Linke Ende der 1960er Jahre antizionistische Befindlichkeiten hoffähig gemacht und im Gefolge der riesigen historischen Hypothesen ihrer Väter und Mütter israel-feindliche Ressentiments ins Zentrum umfassender Welterklärungsmodelle gestellt. In dieser Zeit wurde die Aufrechnung und Gleichsetzung der NS-Verbrechen mit der

Politik Israels populär. Das berüchtigte Bekennerschreiben der linksradikalen Tupamaros West-Berlin enthielt schon 1969 ein exkulpierendes Gedankenkonstrukt, das sich bis heute wie ein roter Faden durch die Legitimationsstrategien antizionistischer Akteure zieht.¹⁸ Zur Begleitmelodie dieses Antizionismus gehört die Agitation gegen die ominöse Existenz eines „jüdischen Kapitals“, gegen „US-Imperialismus und Weltzionismus“ und gegen den „internationalen Zionismus“.¹⁹ Teile der deutschen Linken sind bis heute von antisemitisch motivierten Ressentiments erfüllt, die sich vor allem gegen Existenz und Politik Israels richten.²⁰ Besonders schlagzeilenträchtig sind die kruden Boykottaufrufe des Bremer Friedensforums²¹, aber auch die antisemitisch grundierten Aktivitäten der Duisbur-

¹⁸ „Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ‚Schalom und Napalm‘ und ‚El Fatah‘ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler Solidarität ... Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen“ (Schwarze Ratten TW: Schalom + Napalm, in: Agit 883, West-Berlin, Nr. 40, 13.11.1969, 9).

¹⁹ Ausführlich in Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke, a.a.O., 123-176.

²⁰ Vgl. Martin Kloke, Antisemitismus in der Linkspartei, a.a.O., 153-193.

²¹ „Boykottiert Israels Früchte“ – die „antiimperialistische“ Variante des SA-Aufrufs „Kauft nicht bei Juden“ – zu sehen auf den Sandwich-Plakaten linker Demonstranten vor einem Supermarkt in Bremen am 11.3.2011 – wohlwollend begleitet von Teilen der Linkspartei (vgl. beispielhaft den Linken-Aktivisten Arn Strohmeyer, Sohn des namhaften NS-Blut- und Bodenausorters Curt Strohmeyer, der vehement für die Boykottaktion eintritt: www.palaeas-tina-portal.eu/Stimmen_deutsch/strohmeyer_arn_br_emer_friedensfreunde_boykott_gegen_fruechte_aus_israel.htm).

ger Linkspartei. Unter ihrem Vorsitzenden Hermann Dierkes schürt die Partei immer wieder Hassparolen, die eine frappierende Nähe zu rechtsextremen und islamistischen Formen der Judenfeindschaft aufweisen – so etwa 2011, als auf der Homepage der Duisburger Linkspartei ikonografisch der Davidstern mit dem Hakenkreuz gleichgesetzt, der Staat Israel als Hort zionistischer Weltverschwörung geißelt und schließlich auch der Holocaust gezeugnet wurde.²² Was vor 40 Jahren hierzulande hauptsächlich in den Pamphleten subkultureller linksradikaler Milieus zirkulierte, hat sich in sublimierter Form bis in die Feuilletonspalten des etablierten Medienbetriebs verlängert: Die grünen-nahe Zeitschrift „israel & palästina“ brachte es 2009 eher beiläufig auf den Punkt – im Kassandrastil der Self-fulfilling Prophecy: „Israel wird von der Weltöffentlichkeit als ein diskriminierender Siedlerstaat und koloniales Unternehmen, das nicht ins 21. Jahrhundert passt, wahrgenommen werden.“²³ Welcher andere, zumal demokratische Staat in der Welt befindet sich seit mehr als 60 Jahren in der Zwangslage, sich gegenüber Kritikern und „Freunden“ permanent seiner Existenzberechtigung vergewissern zu müssen: Häufig beteuern Zeitgenossen: „Ich trete zwar für das Existenzrecht Israels ein, aber ...!“ Niemand würde allerdings jemals einen Gedanken entwickeln, der mit dem Satz begänne: „Ich trete zwar für das Existenzrecht Russlands ein, aber ...!“

Antizionismus und jüdischer „Selbsthass“

Seit geraumer Zeit ziehen jüdische „Kritiker“ Israels besondere Aufmerksamkeit auf

sich. Dass Menschen, die qua Geburt der jüdischen Gemeinschaft angehören oder zum Judentum konvertiert sind, sich mit fanatischem Eifer der „Israelkritik“ widmen, weckt Fragen, aber auch Irritationen: Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer siedelte 1990 nach Deutschland über. Schon in Israel hatte sie sich in allerlei antizionistischen und propalästinensischen Zirkeln betätigt, u. a. als Mitglied des ZKS der Kommunistischen Partei. Seit Jahrzehnten prangert Langer Israels Palästina-Politik an. 2002 erklärte sie, es sei Israel selbst, das den palästinensischen Terroranschlägen „den Weg geebnet“ habe. Ähnlich wie der ehemalige FDP-Politiker Jürgen Möllemann nannte sie die israelischen Selbstverteidigungsmaßnahmen „Staatsterror“.²⁴ Sie schrieb ein zustimmendes Vorwort für ein Buch des bekennenden Antisemiten Jamal Karsli²⁵, bezeichnete die Verhältnisse in der Westbank als „Apartheid der Gegenwart“²⁶ und warf Israel eine „rassistische Politik“ vor. Der iranische Präsident Ahmadinedschad habe während der UN-Antirassismus-Konferenz 2009 „die Wahrheit“ gesagt, wonach die Westmächte den Holocaust als Vorwand zur Vertreibung der Palästinenser und zur Installation eines rassistischen Regimes missbraucht hätten.²⁷

²⁴ Vgl. Karl Pfeifer, Sommergespräch der Wiener Grünen: Felicia Langer gibt Möllemann Recht, in: HaGalil online, 28.2.2002 (www.judentum.net/euro/pa/langer.htm).

²⁵ Vgl. Felicia Langer, Vorwort zur 1. Aufl., in: Jamal Karsli, Maulkorb für Deutschland, Recklinghausen 2003.

²⁶ „Israels Regierungen sind von jeher friedensresistent“ (Markus Bernhardt im Interview mit Felicia Langer, in: Junge Welt, 5.6.2007).

²⁷ Vgl. Peter Weidner, Die „Israelkritik“ der Felicia Langer. Ein Stimmungsbericht aus Linz, März 2009, in: Die Jüdische.at, Webportal, hg. von Samuel Laster; vgl. dazu die Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad während der Anti-Rassismus-Konferenz der UNO in Genf, 20.4.2009, www.badische-zeitung.de/nachrichten/ausland/ahmadinedschads-rede-im-wortlaut--14089888.html.

²² Vgl. Philipp Wittrock, Antisemitisches Flugblatt, in: Der Spiegel, 27.4.2011; s. auch das inzwischen auf der Linken-Homepage gelöschte Flugblatt „Nie wieder Krieg für Israel!“ (Privatarchiv d. Verf.).

²³ Vgl. Michael Jansen, Das effektivste Mittel im Umgang mit Israel, in: israel & palästina 2/2009, 33.

Dennoch – oder gerade deswegen? – empfangen Langer verschiedene Ehrungen, darunter das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Aus der Sicht eines Teils der Öffentlichkeit spricht die Aktivistin „Wahrheiten“ aus, die Deutsche angeblich nicht zu sagen wagen, weil sie historisch befangen seien.

Gerard Menuhin, Sohn des berühmten Geigers Yehudi Menuhin, scheut nicht davor zurück, allerlei reversionistisches, nationalistisches und antisraelisches Gedankengut auch in rechtsextremen Zeitungen unterzubringen. Menuhin ist Kolumnist der rechtsextremen Nationalzeitung und musste 2005 seinen Sitz in der Yehudi-Menuhin-Stiftung aufgeben. Er wird in rechten und antisemitischen Milieus als ein „jüdischer Wahrheitssucher“ gefeiert. Klarsichtiger als im Hinblick auf linke Antizionisten schreibt die ZEIT: „Der jüdische Autor liefert das, was Antisemiten gern lesen: dass Israel zusammen mit den USA die Angst vor einem zweiten Holocaust schürt, um gefährliche Großmachtfantasien zu tarnen, während in Wahrheit die armen Iraner bedroht seien ... Gerard Menuhin ist ... nicht nur der nützliche Idiot und Selbstverleugner im sinnlosen Kampf der Rechten gegen deutsche Schuld. Er ist der zutiefst Traumatisierte, der glaubt, den Alb der Geschichte abschütteln zu können, indem er die öffentliche Erinnerung an den Judenmord zum Schweigen bringt.“²⁸ Wer nach weiteren Beispielen jüdischer Israel-Feindschaft sucht, wird rasch fündig: In die Schlagzeilen gerät regelmäßig Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des ehemaligen Berliner Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski. Sie klassifizierte die Gleichsetzung des palästinensischen Ramallah mit dem Warschauer Ghetto, die die katholischen Bischöfe Gregor Maria Hanke und Walter Mixa angestellt hatten, als „sehr

moderat“²⁹ und setzt sich für einen vollständigen politischen und wirtschaftlichen Boykott Israels ein.³⁰ Erinnerung sei auch an die vor einigen Jahren aus Israel nach Deutschland übergesiedelte Iris Hefets, die mit einem taz-Artikel über die „Pilgerfahrt nach Auschwitz“ junger Israelis einen veritablen Skandal auslösen sollte: „Bevor ein junger Israeli zur Armee geht, muss er mindestens einmal Suff, Sex und eine Auschwitzreise erlebt haben.“³¹ Ähnlich blasphemisch mutet die Plakataktion des antizionistischen dänisch-jüdischen Künstlers Jan Egesborg und seiner Partnerin Pia Bertelsen an: Die beiden entwarfen und plakatierten in Berlin ein Plakat mit einer Karte des Nahen Ostens, in der alle jüdisch-israelischen Spuren gelöscht und durch „Ramallah“ ersetzt waren. Die Künstler betitelten das Plakat mit dem Wort „Endlösung“. Dass diese Provokation, angeblich „Satire“, nicht nur im deutschen Diskurskontext Assoziationen an den NS-Vernichtungsantisemitismus wecken musste, dürfte der israelfeindliche Tabubrecher im Land der Täter und seiner Nachkommen einkalkuliert haben.³²

Vor 40 Jahren waren sich linke Israelkritiker noch einig: „Linker Antisemitismus ist unmöglich“³³ – und wähten darin einen Freibrief für hemmungslose antisraelische Hetze. Dass es Antisemitismus in allen sozialen und kulturellen Milieus gibt, ist heute Gemeingut – aber jüdischer Antisemitismus? „Aus dem Antisemitismus könnte schon was werden, wenn sich nur die

²⁹ „Ghetto ist heute ein gebräuchlicher Begriff“ (Doris Simon im Interview mit Evelyn Hecht-Galinski, Deutschlandfunk, 9.3.2007).

³⁰ Peter Wolter im Gespräch mit Evelyn Hecht-Galinski: „Ich rufe schon seit langem zum Boykott auf“ (Junge Welt, 27.2.2009, 8).

³¹ Iris Hefets, Pilgerfahrt nach Auschwitz. Das Holocaust-Gedenken ist zu einer Art Religion geworden, in: taz, 9.3.2010.

³² Vgl. Benjamin Weinthal, Von der Landkarte getilgt, in: Der Tagesspiegel, 4.5.2010, 10.

³³ Gerhard Zwerenz, Linker Antisemitismus ist unmöglich, in: Die Zeit, 9.4.1976, 34.

²⁸ Thomas Assheuer, Falscher Trost für Deutsche. Der Fall Gerard Menuhin, in: Die Zeit, 17.11.2005.

Juden seiner annehmen würden“, feixte einst der österreichische Schriftsteller Alexander Roda Roda. Im Ernst: Warum sollte es keinen jüdischen Antisemitismus geben? Schließlich wissen wir auch um frauenfeindliche Frauen und schwulenfeindliche Homosexuelle. Ob es auch unter Juden Antisemitismus gibt, ist keine begriffliche, sondern eine empirische Frage – das Phänomen zieht sich wie ein roter Faden durch die jüdische Geschichte. Nicht nur der israelkritische Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik wundert sich über die „Kooperation“ jüdischer Antizionisten mit eliminatorischen Antisemiten, die sich „damit brüsten, in Gaza von Hamas-Funktionären begrüßt und verabschiedet worden zu sein“.³⁴

Der Philosoph und Publizist Theodor Lessing hat vor mehr als 80 Jahren in seiner Studie „Der jüdische Selbsthass“ die Psychopathologie der Ich-Entwertung anhand einiger Fallstudien herausgearbeitet.³⁵ Menschen, die ihre eigene jüdische (wahlweise israelische) Identität als Makel und Belastung begreifen, sind unglücklich. Ein Ausweg verheißt die aus der Psychoanalyse bekannte „Identifikation mit dem Aggressor“ – das Bestreben, sich mit dem nichtjüdischen Widersacher zu identifizieren oder wenigstens zu arrangieren. Damit strahlen diese „traurigen Helden der Anpassung“³⁶ das Signal aus: „Ich bin

anders als meine Leute – nehmt mich zum Dank in euer Mehrheitskollektiv auf!“ Jüdischer Selbsthass ist demnach die Antwort „auf das trügerische Versprechen des antisemitischen Stigmas: ‚Werde wie wir, höre auf, dich von uns zu unterscheiden, und du wirst zu uns gehören.‘“³⁷ Die deutsche Leitkultur war früher deutschnational geprägt, heute ist sie außerhalb offizieller Gedenk- und Sonntagsreden antizionistisch grundiert. Distanz zu Israel, dem Pariastaat unter den Nationen, verheißt nicht nur in sogenannten progressiven Kreisen Anerkennung. Jüdische Antizionisten erregen in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft Aufmerksamkeit – sie werden, ob sie es wollen oder nicht, als nützliche Idioten des antizionistischen bzw. antisemitischen Diskurses gebraucht und benutzt. Eine psychologisierende Deutung des jüdischen Selbsthasses mag in Einzelfällen evident sein; doch nicht jeder radikale jüdische oder nichtjüdische Kritiker Israels muss zwingend ein (selbst) hassender Antisemit sein. So spricht der Politologe und „Moralpädagoge“ Alfred Grosser Israel und die Juden zwar generell für den fortgesetzten Nahostkonflikt, ja sogar für den Antisemitismus, schuldig; doch den Vorwurf des jüdischen Selbsthasses weist er brüsk zurück. Damit sollten Israelkritiker „diskriminiert“ werden: „Was man mir höchstens vorwerfen kann, ist Selbstüberschätzung“ – womöglich eine Anspielung auf seine israelpolitische Mission, „die Deutschen auch hier zu befreien, eine Normalität herzustellen“.³⁸ Der Gestus der Empörung über tatsächliche oder vermeintliche israelische Untaten verleitet indes oft dazu, das Problem des real existierenden Antisemitismus zu verniedlichen.

³⁴ Micha Brumlik, Ein Motiv, das man nur ablehnen kann, in: taz, 31.8.2010.

³⁵ Theodor Lessing, Der jüdische Selbsthass (1930), München 2004; vgl. auch Sander L. Gilman, Jüdischer Selbsthass. Antisemitismus und die verborgene Sprache der Juden, Frankfurt a. M. 1993; Alvin H. Rosenfeld, „Fortschrittliches“ jüdisches Denken und der Neue Antisemitismus, Augsburg 2007; Micha Brumlik, Universalismus, Selbsthass oder jüdischer Antisemitismus. Der Streit um die richtige Solidarität mit Israel, in: Jüdische Zeitung, Juni 2007.

³⁶ Hans-Joachim Neubauer, Traurige Helden der Anpassung. Sander L. Gilman dechiffriert die Wurzeln des „jüdischen Selbsthasses“, in: Die Zeit, 3.12.1993.

³⁷ Ebd.

³⁸ Vgl. Alfred Grosser im Interview mit Timo Stein und Constantin Magnis: „Ein Feind Israels bin ich nicht“, in: Cicero, 14.12.2010; dazu Martin Kloke, Wo endet die legitime Israelkritik und wo fängt der Antisemitismus an?, in: Cicero, 21.12.2010.

Was treibt den antizionistischen Antisemitismus an – und warum?

Israels Fläche bedeckt 0,015 Prozent der Erdoberfläche; mit 20 770 km² liegt das Land der Größe nach an 161. Stelle – noch vor Slowenien, aber hinter El Salvador. Gleichwohl beziehen sich bis zu zehn Prozent der Weltnachrichten in unseren Medien auf das kleine Land zwischen Jordan und Mittelmeer. Man könnte meinen, der jüdische Staat sei ein libidinös besetzter Fixpunkt, wobei die obsessiven Gefühle gegenüber Israel und seinen Menschen extremen Schwankungen unterliegen.

Wohl kaum ein Land ist während des Sechstagekrieges von 1967 so proisraelisch ausgerichtet gewesen wie die westdeutsche Bundesrepublik. Aber genauso gilt: In keinem Land haben antiisraelische Emotionen derart hohe Wellen geschlagen wie ausgerechnet in Deutschland. Seit 1981 sinken die Sympathiewerte für Israel. Laut einer Umfrage von 2012 bezeichnen 59 Prozent aller Deutschen Israel als „aggressiv“; nur noch 36 Prozent finden das Land „sympathisch“; 13 Prozent sprechen dem jüdischen Staat das Existenzrecht ab. Diese Stimmungslage prägt die öffentliche Meinung mehr, als die ansonsten guten offiziellen deutsch-israelischen Beziehungen vermuten lassen.

Ähnlich desolat ist das Israelbild in den einschlägigen Foren internationaler Politik: Erinnert sei an die UNO und den in ihren Gremien und Unterorganisationen installierten Verurteilungsmechanismus, der sich regelmäßig und beinahe ritualisiert auf die Verurteilung Israels konzentriert – ganz zu schweigen von der Israelphobie in allen islamisch geprägten Ländern. „Israelkritik“, häufig nur eine Chiffre für die Verbreitung hemmungsloser israelfeindlicher Ressentiments, ist hier wie dort geradezu ein „Muss“. Die ungezählten zivilen

Opfer in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien – ganz zu schweigen von den zahlreichen Opfern von Massakern in den zerfallenden Staaten Afrikas – erzeugen in der UN-geprägten Weltöffentlichkeit kaum jenes Minimum an Betroffenheit, das noch jede vergleichsweise harmlose militärische Reaktion Israels auslöst. Warum lösen die zahllosen Problemzonen im Vorderen Orient und anderswo keinen Sitzungsmarathon und keinen Verurteilungsmechanismus aus? Warum zeigen sich viele Menschenrechts- und Friedensaktivisten erst dann entsetzt, wenn Juden an einem Konflikt beteiligt sind? Woher kommt diese Obsession, Israel als Paria der Völkergemeinschaft hinstellen zu wollen?

Mit Bezug auf die Schoah wird kolportiert, die Juden seien „wie Schafe zur Schlachtbank“ gegangen. Heute wehrt sich Israel, und prompt heißt es, der jüdische Staat reagiere „unverhältnismäßig“. Der unbefangene komparative Blick auf internationale Konflikte lässt erkennen, dass die Handlungen Israels mit anderen und strengeren Maßstäben gemessen werden, als sie sonst international üblich sind. Offenbar hat sich der jahrhundertlange Antisemitismus 1945 nicht verflüchtigt, sondern prägt nach wie vor das kollektive Unbewusste der Weltgemeinschaft. Könnte es sein, dass die Weltgemeinschaft wegen ihres Versagens in der Nazi-Zeit noch immer ein schlechtes Gewissen plagt, sodass sie nach Exkulpation und moralischer Kompensation giert? „Je ‚böser‘ die Israelis gezeichnet werden, desto ‚besser‘ können ‚wir‘ uns fühlen – dann war der Holocaust, wenn er schon nicht zu leugnen ist, wenigstens nicht einzigartig.“ In diesem identitätsstiftenden Gedankenkonstrukt mutieren die Nachfahren der Opfer zu Tätern eines neuen Holocausts. Wer vom moralisch getarnten Antisemitismus nicht reden will, sollte von Israel besser schweigen.